

## Rainer Land

### Eurokrise oder ökologischer Umbau

Das Manifest von Ventotene zielt auf einen europäischen Bundestaat, in dessen Rahmen allerdings den Staaten „jene Autonomie belassen werden [soll], die eine plastische Gliederung und die Entwicklung eines politischen Lebens, gemäß den besonderen Eigenschaften der verschiedenen Völker, gestattet“ (Spinelli 1941: 8). Im Mittelpunkt steht die Beendigung des Krieges und eine Friedensordnung, aber dafür werden auch wirtschaftliche Bedingungen formuliert: Partizipation der Arbeiter und der Bevölkerungsmehrheit, Sicherstellung der dafür erforderlichen Bedingungen wie Schule, Wohnung, Nahrung und Kleidung, Bildung und Demokratie sind zentrale Forderungen. Nicht wirtschaftliche Autarkie, „Rückgrat der totalitären Regime“, sondern wirtschaftliche Kooperation soll den neuen Staatenbund bestimmen. Dabei geht es nicht darum, den „private[n] Besitz der Produktionsgüter grundsätzlich abzuschaffen“, sondern die gegen das Gemeininteresse gerichtete monopolistische Nutzung des Privateigentums zu verhindern.

Einige Visionen und Vorschläge wirken sehr modern, aber auf manche Fragen findet man keine Antwort. Hatten die Autoren einen Staatenbund mit *einer integrierten europäischen Volkswirtschaft* vor Augen oder meint Bundesstaat ökonomisch ein *System kooperierender aber eigenständiger Volkswirtschaften mit überwiegend nationaler Regelungskompetenz*? Für die Debatte um die Lösung der Eurokrise ist dies eine zentrale Frage: Vertiefung der Integration durch ein gemeinsames Budget, eine dominant europäische Finanzpolitik, eine EU-Wirtschaftsregierung – oder Revision der heutigen EU durch ein System, das den Nationalstaaten mehr Möglichkeiten gibt, ihre Entwicklung selbst zu gestalten und zu bestimmen, beispielsweise durch Rückkehr zu nationalen Währungen mit festen aber anpassbaren Wechselkursen.

\* \* \*

Aus heutiger Sicht gilt die Entwicklung der EU in der Nachkriegszeit als sehr erfolgreich. Schwierigkeiten werden mit der Weltwirtschaftskrise ab 2007 offensichtlich, gehen aber ursächlich auf die Einführung des Euro 1999 zurück, der ja eigentlich das zentrale Projekt einer vertieften Integration werden sollte.

1. Es ist ein Irrtum, die erfolgreiche Entwicklung der EU entscheidend auf das Prinzip des Freihandels und den Binnenmarkt zurückzuführen. Grundlage der erfolgreichen Nachkriegsentwicklung war ein neu entstandenes Regime wirtschaftlicher Entwicklung, das ich *Teilhabekapitalismus* (vgl. Busch Land 2013) nennen möchte. Dabei handelt es sich *nicht* um eine spezifisch deutsche Entwicklung. Ausgangspunkt war der New Deal, mit dem die Roosevelt-Regierung in den 1930er Jahren versuchte, Weltwirtschaftskrise von 1929 und die daran anschließende schlimme und scheinbar nicht enden wollende Rezession in den USA zu überwinden. Kern dieses neuen Regimes war die *Kopplung der Löhne und der Masseneinkommen an die Produktivität* und etwas später die Ausweitung der *Investitionsstätigkeit des Staates mit kreditfinanzierten Investitionen*. Zunächst hat die Kriegswirtschaft, die Unterstützung Großbritanniens, der Sowjetunion und anderer Mitglieder der Anti-Hitler-Koalition, später dann der Kriegseintritt der USA zu einer expansiven wirtschaftlichen Entwicklung in den USA geführt, mit der die Arbeitslosigkeit überwunden wurde, Einkommen, Konsum und vom Konsum induzierte Investitionen wieder gestiegen sind. Aber dieser durch die Kriegswirtschaft ausgelöste Boom war nur möglich, weil die Arbeits- und Sozialpolitik des New Deal, insbesondere die Verbesserung der

Verhandlungsposition der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften, die soziale Absicherung, die Einführung von Mindestlöhnen u.ä. dazu führten, dass steigende Löhne und steigender Massenkonsum eine neue wirtschaftliche Dynamik eröffneten. Die heutige Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU, die auf Flexibilisierung, Lohnmoderation, Austerität und Kostensenkung durch Sozialabbau gerichtet ist, steht in diametralem Gegensatz zu den Erfolgsrezepten des New Deal.

Dass der 1938 einsetzende Aufschwung in den USA nicht allein ein kriegswirtschaftlicher Effekt war, zeigte sich nach Kriegsende. Der Rückgang der Kriegsausgaben führte zunächst zu einem erheblichen, aber kurzem Wachstumseinbruch – aber es kam nicht zu einer erneuten Rezession. Vielmehr setzte sich die wirtschaftliche Dynamik ab 1948 fort und hielt bis in die 1960 und 1970er Jahre an, weil die Löhne weiterhin mit der Produktivität gestiegen sind. Vor allem aber beschränkte sich diese Dynamik nicht auf die USA, alle europäischen kapitalistischen Industrieländer und Japan sowie etwas später weitere fernöstliche Länder zeigten eine vergleichbare Dynamik. Überall waren die Kopplung der Massenproduktion an den Massenkonsum, vermittelt über produktivitätsorientierte Lohnsteigerungen, und die Dynamisierung der Masseneinkommen (vor allem der Altersrenten), Grundlage eines langen Aufschwungs, des zweifellos größten wirtschaftlichen Wachstumsschubs der Weltgeschichte von 1938 bis 1973. Institutionell war die Übertragung des von den amerikanischen New Dealern etablierten Wirtschaftsmodells nach Europa (dabei spielte das besetzte Deutschland eine Schlüsselrolle) und Japan die Voraussetzung. Varoufakis hat die internationale Dimension dieses Wirtschaftsregimes in dem Kapitel über den „Globalen Plan“ eindrucksvoll beschrieben (Varoufakis 2012, Kapitel 3).

Die Erfolgsgeschichte der Europäischen Union in der Nachkriegszeit bis 1973 lässt sich also nicht nur auf die politische Einigung und dem schrittweisen Ausbau des Binnenmarktes zurückführen. Grundlage ist vielmehr eine auf die *Teilhabe* breiter Bevölkerungsschichten orientierte wirtschaftliche Dynamik, eine *Teilhabe*, in deren Zentrum freilich Einkommen und Konsum. Darüber hinaus spielten Arbeitsplatzsicherheit, soziale Sicherheit, Mitbestimmung und politische Partizipation eine Rolle – während andere Teilhabedimensionen wie Gleichstellung, Genderpolitik, neue soziale Bewegungen, *Teilhabe* durch Selbstbestimmung erst in den 1970er und 1980er Jahren wichtig wurden – zu einer Zeit, in der die *Teilhabe* durch steigende Löhne und Sozialeinkommen bereits erodierte.

Man kann festhalten, dass eine auf wachsenden Einkommen basierte wirtschaftliche Dynamik Voraussetzung für die europäische Einigung und die Stabilität der entstehenden europäischen Union war.

2. Man kann nun zwei wirtschaftsgeschichtliche Zäsuren festhalten. Die erste liegt in den 1970er Jahren. Mit den Ölkrisen, dem Ende des Währungssystems von Bretton Woods und der beginnenden Tendenz zu Deregulierung und Sozialabbau erodiert das Regime des Teilhabekapitalismus. Die Lohnentwicklung bleibt hinter der Produktivitätsentwicklung zurück, der Ausbau der Sozialsysteme wird beendet, Sozialabbau beginnt. Die ökologischen Probleme der fordistischen Massenproduktion werden sichtbar. Die Weltwirtschaft steht vor einem Paradigmenwechsel. Einerseits ist eine Fortsetzung der auf Massenkonsum und Massenproduktion basierten Wirtschaftsweise aus ökologischen Gründen nicht möglich (jedenfalls nicht ohne eine ökologische Kurskorrektur), zum anderen haben Einkommen und Konsum in den USA, Westeuropa und Japan ein Niveau erreicht, bei dem Steigerung des Konsums nur noch abnehmende Teilhabeeffekte hatten: Andere Teilhabedimensionen gewannen vor allem in den Mittelschichten an Bedeutung.

Eine Weiterführung einer teilhabeorientierten wirtschaftlichen Entwicklung hätte in den 1970er und 1980er Jahren eine Reorganisation des Regimes wirtschaftlicher Entwicklung erfordert: Erstens einen *ökologischen Umbau*, der neue Produkte und Verfahren mit sinkenden ökologischen Lasten verbind-

det und zu einer umweltkompatiblen Wirtschaftsweise führt. Und zweitens neue qualitative Teilhabedimensionen wie kulturelle Partizipation, freie Individualitätsentwicklung, lebensweltliche Selbstbestimmung verbunden mit der Herausbildung einer umweltkompatiblen Lebensweise. Für beide Tendenzen gab es in den 1970er und 1980er Jahren erste Ansätze, aber sie setzten sich nicht durch. Dominant wurde der Wettbewerb um *sinkende Lohn- und Sozialkosten*, um *geringere Standortkosten* (Steuersenkung für Unternehmen z.B.) und steigende Renditen der Kapitalanleger.

Der kaum begonnene ökologische Umbau und die Entwicklung einer teilhabeorientierten Lebensweise wurden durch den entstehenden neoliberalen Finanzmarktkapitalismus zurückgedrängt. Dies war die zweite Zäsur, eingeleitet durch Reaganomics und Thatcherismus, etabliert in den 1990er Jahren. Der Fokus der Entwicklung der EU war von da an ein überwiegend neoliberales Wirtschaftsmodell, das auf Finanzmärkte und deregulierte Arbeitsmärkte setzte und das eine säkulare wirtschaftliche Stagnation zu Folge hatte. In Deutschland war die Agenda 2010 eine entscheidende wirtschaftspolitische Wende.

*Im Zuge des finanzdominierten Kapitalismus entwickelten sich „zwei extreme, jedoch komplementäre Wachstumsregime. ... Das ‚schuldenfinanzierte Konsumboom‘-Regime, wie in den USA, dem Vereinigten Königreich, Spanien und anderen Ländern, basierte auf kreditfinanzierter privater Nachfrage und insbesondere privaten Konsumausgaben. [...] Die Nachfrage und das Wachstum des ‚exportgetriebenen merkantilistischen‘ Regimes, wie in Deutschland, China, Japan und anderen kleineren offenen Volkswirtschaften, wurde hingegen vor allem von steigenden Nettoexporten und Leistungsbilanzüberschüssen getrieben. Jedes der Regime kann als ein Regime der ‚Profite ohne Investitionen‘ bezeichnet werden, da ein dynamisches Wachstum des Kapitalstocks entweder durch kreditfinanzierte Konsumausgaben oder Nettoexporte ersetzt wurde.“ (Hein 2016:139)*

Wir haben es mit zwei Regimen zu tun, die nur in ihrem systemischen Zusammenhang funktionieren und in einer Beziehungsfalle stecken, weshalb ich gern den Terminus „Double-Bind-Kapitalismus“ benutze (Land 2017a: 4f). Der Double-Bind-Kapitalismus, bestehend aus der Verbindung von schuldenfinanziertem Konsum-Boom-Regime und merkantilistischem Exportüberschuss-Regime, entstand in den Auseinandersetzungen der 1970er und frühen 1980er Jahre. Dieses Regime bestimmte insbesondere den Maastricht-Vertrag und die Euro-Regeln. Der größte Fehler ist sicherlich das Fehlen einer koordinierten Regulierung der Lohnentwicklung und einer Orientierung der Geld- und Finanzpolitik an Vollbeschäftigung und Teilhabe der Bevölkerungsmehrheit.

Es geht aber nicht nur um Fehler in der Konstruktion des Maastricht-Vertrags, es geht letztendlich darum, dass die institutionalisierten Kapitalverwertungsregime der Gegenwart, in deren Mittelpunkt der Wettbewerb um finanzierte Kapitalrenditen steht, eine kooperative Entwicklung der EU ausschließen. Gewinne, die nur zu Lasten anderer gemacht werden können, Überschüsse, die Defizite anderer zur Bedingung haben, folgen einem ganz anderen Paradigma als der erfolgreichen Entwicklung der 1950er bis 1960er Jahre. Auf Exportüberschüssen einerseits und schuldenfinanziertem Konsum andererseits kann keine erfolgreiche europäische Integration aufbauen (Abb. 2).

Die Konsequenzen dieses Entwicklungspfades zeigten sich in der Weltwirtschaftskrise von 2007 bis 2009, der eine lange Depression folgte (die Eurokrise ist ein Teil dieser Depression), die vielleicht 2017 dem Ende entgegengeht – vielleicht auch nicht, wenn man den Warnungen der Deutschen Bank folgt (Deutsche Bank Markets Research (2017)).

3. Zu den Auswegen aus der Eurokrise gibt es verschiedene Vorschläge. Zunächst aber ist festzuhalten, dass ein „Weiter so“ keine Lösung sein kann. Alle ernst zu nehmenden Wirtschaftswissenschaftler gehen davon aus, dass ein Regime mit wachsenden Exportüberschüssen einerseits und Defiziten und Verschuldung andererseits auf Dauer nicht funktionieren wird. (Eine ausführliche Analyse der

mit Exportüberschüssen und -defiziten verbundenen Probleme vgl. Priewe 6.9.2017 und diverse Beiträge auf Makroskop, u.a. von Flassbeck, Ehnts, Grunert, Vontobel, Steinhardt).<sup>1</sup> Innerhalb der EU gibt es erhebliche Disparitäten und eine Erosion der Bindungen, die schlimmstenfalls zur Auflösung der EU führen können – oder zur Auflösung der Währungsunion, was zu verkräften wäre, wenn es einvernehmlich und geordnet ablief und zur Einführung eines Systems fester aber anpassbarer Wechselkurse führte – wofür derzeit wenig spricht.<sup>2</sup> Ein ungeordneter Zusammenbruch der Währungsunion würde eine schwere Wirtschaftskrise nach sich ziehen, da sind sich alle einig.

Man kann eine Reihe von Bedingungen für eine Lösung der Eurokrise nennen:

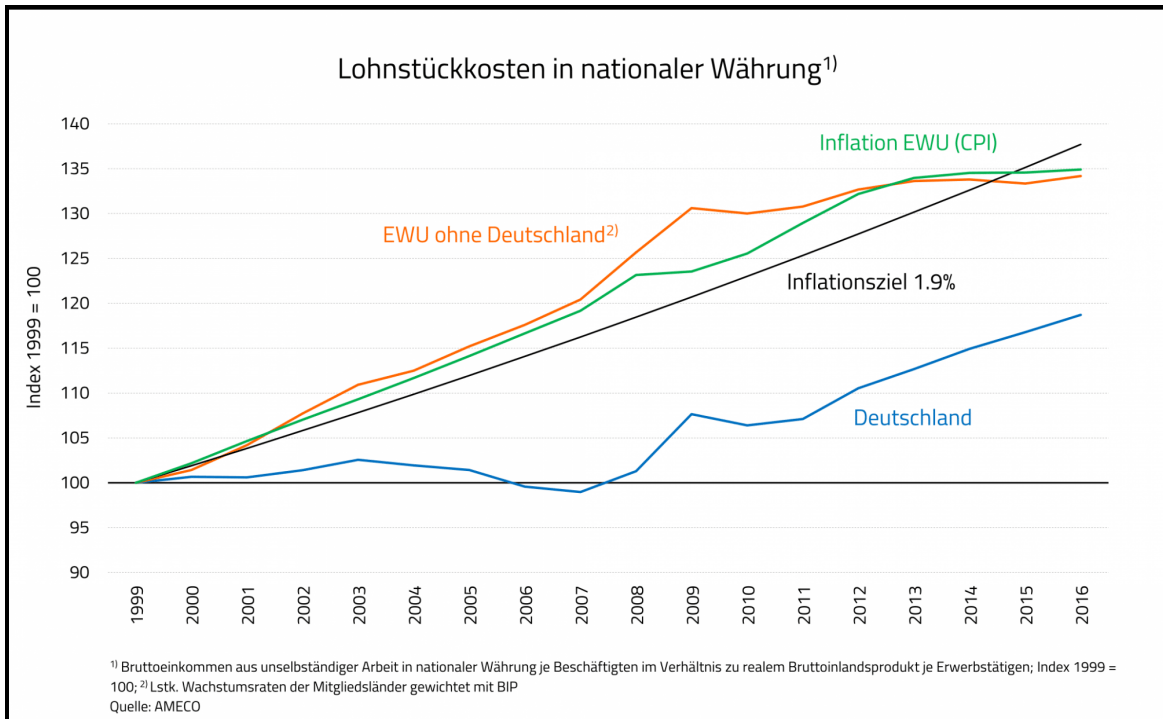
a) Eine *Währungsunion mit mehreren eigenständigen Volkswirtschaften* kann nur funktionieren, wenn gleiche Inflationsraten in den einzelnen Ländern eingehalten werden. Dies erfordert, dass die Lohnentwicklung koordiniert werden muss, und zwar so, dass die Löhne in den Mitgliedsländern nominal so steigen, wie die Produktivität plus der Zielinflationsrate. Dieses Konzept ist von Heiner Flassbeck und anderen immer wieder dargestellt und begründet worden – und aus meiner Sicht völlig richtig. Nachdem aber die Lohnstückkostendifferenzen der vergangenen 20 Jahre inzwischen mehr als 20 Prozent betragen (Abb. 1), würde eine Koordination der künftigen Lohnentwicklung nicht ausreichen. Erforderlich wäre vielmehr, dass Deutschland durch überproportionale Lohnsteigerungen an das Niveau der anderen Länder aufschließt, so dass sich die Handelsbilanzen innerhalb der EU ausgleichen.

---

<sup>1</sup> Vgl. Texte zu den Stichworten Exportüberschüsse und Eurokrise unter anderem auf <https://makroskop.eu/>, <https://makronom.de/>.

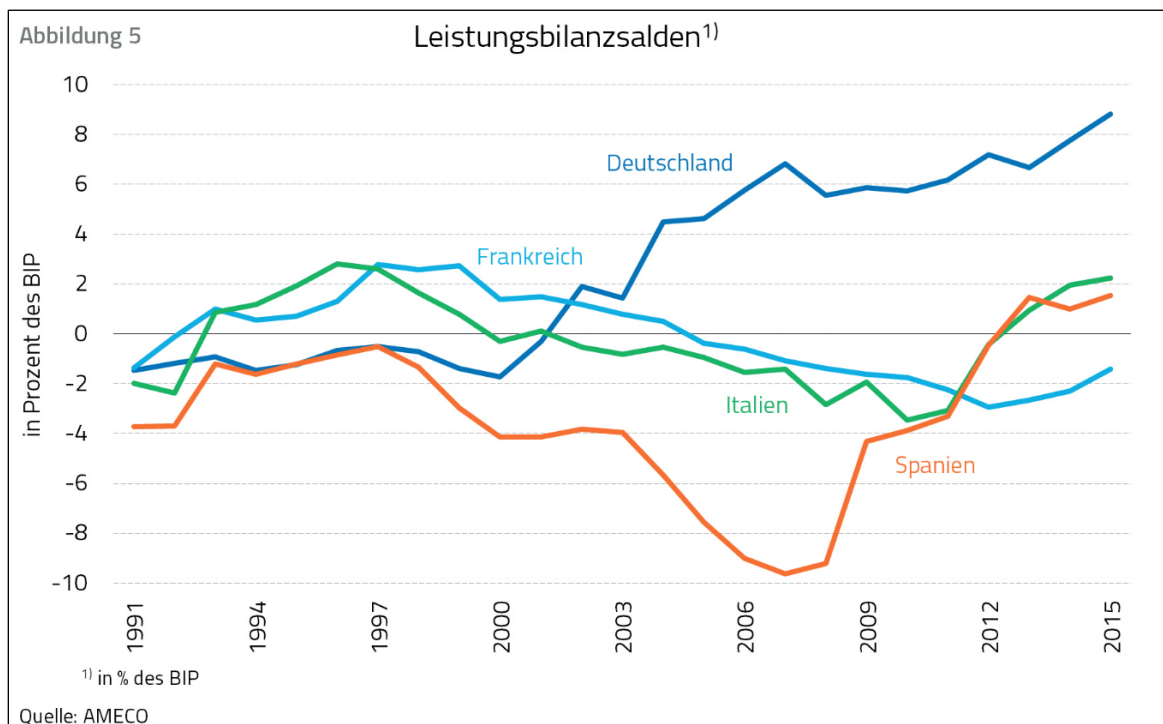
<sup>2</sup> Vgl. dazu Busch u.a. 2016 und die daran anschließende Debatte auf Makroskop: <https://makroskop.eu/2016/11/die-linke-und-der-euro-oder-wie-man-dem-nationalismus-die-haende-spielt/> sowie die dort angegebenen Beiträge.

Abb. 1: Lohnstückkosten. Deutschland im Vergleich zur EWU und dem Inflationsziel der EZB. Eine Währungsunion funktioniert, wenn alle Länder Lohnstückkosten auf dem Niveau der Zielinflationsrate anstreben.



Quelle: Heiner Flassbeck: Geldpolitik, Löhne und die Deflation. 05.07.2017. Quelle: [https://makroskop.eu/app/uploads/2017/06/20170704\\_HF\\_Abb03.png](https://makroskop.eu/app/uploads/2017/06/20170704_HF_Abb03.png)

Abb. 2: Leistungsbilanzsalden. Deutschland im Vergleich zu Frankreich, Spanien und Italien. Die Leistungsbilanzsalden hängen umgekehrt von den Lohnstückkostendifferenzen ab.



Quelle: Aus: Heiner Flassbeck, Friederike Spieker, Paul Steinhard: Das Schuldenproblem und die europäische Krise. Makroskop Dossier 2017. S. 16. Quelle: <https://makroskop.eu/dossier/das-schuldenproblem-und-die-europaeische-krise>.

Eine Strategie, die EU insgesamt in einer Überschussposition gegenüber der Weltwirtschaft zu bringen, wird nicht funktionieren. Die USA sind das einzige Land, das wegen der besonderen Rolle des Dollars in der Lage wäre, weiterhin wachsende Defizite hinzunehmen, solange genügend Investoren aus anderen Ländern (z.B. China, Deutschland, Schweiz) bereit sind, diese Defizite durch wachsende Dollarbestände oder Ankauf von Dollar-Wertpapieren zu finanzieren. Es ist absehbar, dass der Widerstand gegen wachsende Außenhandelsdefizite auch in den USA zunimmt. Andere Länder können vergleichbare Defizite nicht verkraften – abgesehen davon, dass ein derartiges Regime eben keine sinnvolle wirtschaftliche Entwicklung generiert. Für eine merkantilistische Strategie der gesamten EU – nach der Merkel-Devise: „Alle sollen wettbewerbsfähiger werden“, sprich: „Alle sollen Überschüsse haben“ – fehlen global einfach die potenten Schuldner, die bereit sind, auf Dauer Defizite zu tragen. Und hierzulande ist man nicht bereit – wie die USA nach 1946 – ärmeren Nachbarn oder gar den afrikanischen Krisenländern das Geld zu schenken, mit dem sie die deutschen Überschüsse kaufen könnten.

b) Die zweite, aus meiner Sicht unverzichtbare, Bedingung wäre eine Geldpolitik der EZB, die einerseits ein spekulatives Wachstum der Finanzanlagen begrenzt, kontrolliert, die damit verbundene Gefahren für einen Zusammenbruch der Finanz- und Kreditsysteme sowie des Zahlungsverkehrs verhindert, und trotzdem die Finanzierung von Investitionen durch Kreditgeldschöpfung sicherstellt. Also eine restriktive Geldpolitik bezogen auf spekulative Finanzgeschäfte und gleichzeitig eine expansive Geldpolitik was realwirtschaftliche Investitionen betrifft (allerdings auch nicht jede). Wie aber ist gleichzeitig eine restriktive und eine expansive Geldpolitik möglich? Die Antwort lautet, Kreditlenkung. Die Kreditgeldschöpfung für Finanzanlagen muss eingeschränkt und von der Kreditvergabe für realwirtschaftlich relevante Investitionen der privaten Wirtschaft und der öffentlichen Hand geschieden werden. Eine expansive Geldpolitik allein führt zu Asset-Inflation, schädlichen Preisentwicklungen im Immobilien- und Anlagebereich, und birgt die Gefahr von platzenden Spekulationsblasen mit negativen Auswirkungen auf Wirtschaft, Beschäftigung und Einkommen. Eine grundsätzliche Beschränkung der Kreditgeldemission aber würde die Innovations- und Investitionsprozesse behindern, die dringend nötig sind, um ökologischen Umbau, Teilhabe und Vollbeschäftigung zu gewährleisten. Eine Differenzierung der Kreditvergabe hinsichtlich des realwirtschaftlichen Zwecks ist die minimale Voraussetzung einer sinnvollen Lenkung der Kreditgeldschöpfung – was ohne Abwendung von der Ideologie der effizienten Finanzmärkte nicht zu erwarten ist.

c) Eine dritte Voraussetzung einer Währungsunion ist eine koordinierte Finanzpolitik. Hier sind bislang vor allem Beschränkungen festgeschrieben: die Defizit- und Schuldenstandsquote. Es gibt zwar Politikbereiche, die gemeinsam finanziert werden: Agrarhaushalt, Strukturpolitik, Bildung, Kultur, Forschung Umwelt u.a. Aber abgesehen vom Agrarhaushalt ist die Summe der nationalen Haushalte in diesen Bereichen in Größenordnungen höher als der EU-Haushalt für die entsprechenden Bereiche. D.h. die nationalen Gestaltungsspielräume überwiegen immer die der Union. Eine gestaltende gemeinsame Fiskalpolitik gibt es faktisch kaum. Für eine Wirtschafts- und Währungsunion, die aus kooperierenden eigenständigen Volkswirtschaften besteht, wäre eine koordinierte Fiskalpolitik hinreichend. Nur müsste diese koordinierte Fiskalpolitik auch Verpflichtungen und nicht nur Begrenzungen enthalten: etwa die Verpflichtung zu einer gleichgerichteten Wirtschaftspolitik aller EU-Länder, die auf Vollbeschäftigung, mittelfristig ausgeglichene Handelsbilanzen, Abbau regionaler Disparitäten und Investitionen orientiert. Ohne Abwendung von Austerität, Schuldenbremse und Defizitverfahren ist eine echte koordinierte Finanzpolitik nicht möglich.

\* \* \*

Diese Bedingungen – koordinierte Lohnpolitik, einheitliche Inflationsraten, gemeinsame Geldpolitik, und koordinierte Fiskalpolitik – sind die Voraussetzung für eine funktionierende Wirtschaftsunion als *System kooperierender aber immer noch eigenständiger nationaler Volkswirtschaften*. Um zu einer einheitlichen Volkswirtschaft zu kommen, wären deutlich umfassendere Bedingungen und Koordinationsleistungen erforderlich. Die vier „Freiheiten“ – Personenverkehr, Warenverkehr, Dienstleistungsverkehr und Kapitalverkehr – reichen dafür nicht aus.

- Ein Arbeitsmarkt mit einem *einheitlichen Tarifrecht* bei *nicht zu starken regionalen Differenzen des Lohnniveaus*, gleichem oder sehr ähnlichem Arbeitsrecht, Arbeitsschutz usw.;
- ein übergreifendes und im Kern *einheitliches Sozialsystem* (Renten, Gesundheitsversicherung, Arbeitslosenversicherung, Erwerbslosenversicherung);
- ein *einheitliches Steuersystem*: Die Besteuerung muss in der Hauptsache einheitlich sein, geringe regionale Differenzierungen (z.B. wie bei der deutschen Gewerbesteuer und kommunalen Abgaben) sind möglich;
- ein im Kern *einheitliches Umweltrecht* und vergleichbare Regelungen für die wirtschaftliche Nutzung ökologischer Ressourcen.

Dem Wesen nach müssen diese Bedingungen sicherstellen, dass Standortdifferenzen nicht für Extraprofite genutzt werden können und die Unternehmen ihren Wettbewerb auf Produkt- und Verfahrensinnovationen konzentrieren müssen, statt auf Steuer-, Lohn- und Umweltdumping.

Eine europäische Volkswirtschaft wäre nur denkbar, wenn die Produktivitätsniveaus nahe beieinanderliegen und vor allem, wenn sie tendenziell und zügig konvergieren. Meine These ist: solange die Produktivitätsunterschiede mehr als 20 bis 30 Prozent betragen, kann die Integration zu einer einheitlichen Volkswirtschaft nicht gelingen. Man muss sich vor Augen halten, dass die für eine Währungsunion erforderliche Lohnentwicklung der jeweiligen nationalen Produktivitätsentwicklung folgen müsste. Die Produktivitätsdifferenzen spiegeln sich dann in entsprechenden Lohndifferenzen wieder. Differiert die Produktivität um mehr als 30 Prozent müssen auch die Löhne um mehr als 30 Prozent differieren. In einer einheitlichen Volkswirtschaft aber geht das nicht, wie man an den Effekten der deutschen Wirtschafts- und Währungsunion in den 1990er Jahren sehen kann. Die Folgen wären Bevölkerungswanderung, regionale Deindustrialisierung und gewaltige Subventionen, die die Lage aber nicht grundsätzlich ändern, sondern nur kompensatorische Effekte haben. In einem System kooperierender aber eigenständiger Volkswirtschaften kann man solche Differenzen eher verkraften, in einer einheitlichen Volkswirtschaft müssen regionale Disparitäten in der Beschäftigung, den Einkommen, der öffentlichen Infrastruktur und den Budgets der regionalen Körperschaften aber *durch Transfers ausgeglichen werden* – nicht vollständig, aber in hohem Maße. Dazu sind die reichen europäischen Länder aber nicht bereit und es ist auch fraglich, ob Transfers solche Differenzen überwinden oder nicht eher verfestigen.

Man kann streiten, welche Differenzierungen eine große moderne Volkswirtschaft verkraftet, aber Differenzen von mehr als 20 Prozent, wie sie zwischen manchen ost- und westdeutschen Regionen bestehen, sind vermutlich schon zu groß. Wer die Auseinandersetzungen um den deutschen Länderfinanzausgleich kennt, weiß wie schwierig dieser Ausgleich ist.

Betrachtet man die heutige EU der 28 Mitgliedsstaaten, dann wird klar, dass die Bedingungen für die Integration zu einer einheitlichen Volkswirtschaft auf absehbare Zeit nicht hergestellt werden können und auch nicht angestrebt werden sollten. Der Preis wäre die Destabilisierung der EU als System miteinander kooperierender Volkswirtschaften, der Zerfall in wirtschaftliche gegeneinander kämpfende Nationalstaaten. Diese Destabilisierung ist seit der Einführung des Euro schon in vollem Gange. Vielmehr muss man überlegen, ob nicht die Währungsunion in der heutigen Form die Koordinationsmög-

lichkeiten der Mitgliedländer schon überfordert. Man muss sich nur klarmachen, dass eine Währungsunion nicht ohne eine Koordination der Lohnentwicklung funktionieren kann, und sich die Interessenkonflikte zwischen Arbeitnehmern, Arbeitgebern, Nationalstaaten und Regionen vor Augen halten, die einer Koordination von Produktivitäts- und Lohnentwicklung und einer gemeinsamen Tarif- und Lohnpolitik entgegenstehen (vgl. die Vorschläge von Höpner 2017).

Wichtig in einem System kooperierender Volkswirtschaften wäre, dass alle Volkswirtschaften *Fortschritte von ihrem jeweiligen Niveau* aus erreichen. Das aber ist gegenwärtig nicht mehr der Fall und dies erodiert die Bindung der Bürger an die EU. Tatsächlich ist es die neoliberale Orientierung der Wirtschaftslobby und großer Teile der Politik, die eine funktionierende Kooperation verhindert. Denn sie ist darauf aus, bestehende Regeln und Differenzen im Lohnniveau, in der Besteuerung, den Arbeitsbedingungen, dem Zugang zu Umweltressourcen usw. auszunutzen für Monopolgewinne und eine Rentenökonomie (vgl. Elsenhans 2017). Die Politik ist unwillig und/oder unfähig, dem entgegenzuwirken. Unter diesen Voraussetzungen ist nicht nur die weitere Integration ausgeschlossen, die bereits entstandene Kooperation der nationalen Volkswirtschaften wird untergraben, die EU driftet auseinander, die Bevölkerung partizipiert nicht und gegen die EU gerichtete Ressentiments nehmen zu.

\* \* \*

Unter den gegebenen Bedingungen steht m. E. nicht die Vertiefung der Integration in Richtung auf eine einheitliche EU-Volkswirtschaft und die Vereinigten Staaten von Europa auf der Tagesordnung, sondern zwei einfachere aber trotzdem sehr anspruchsvolle Aufgaben:

a) Die Stabilisierung der *Kooperation der nationalen Volkswirtschaften*.

Dazu ist das Wesentliche schon gesagt. Es muss ausgeschlossen werden, dass einzelne Länder zu Lasten anderer wirtschaften: Lohndumping, wie durch die deutsche Lohnmoderation; nationales Unterbieten der Steuerregelungen für Unternehmen und Finanzmärkte; Wettbewerb um geringere Kosten für Arbeitsschutz, Umweltkosten, Infrastrukturkosten usw. Hier hätten die EU-Institutionen sehr viel zu tun. Der Wettbewerb der Unternehmen in der EU muss sich um bessere und umweltkompatible Produkte und Verfahren drehen, um Kostensenkungen durch Einsparung von Umweltressourcen, nicht um Lohn- und Steuer-, und Umweltdumping.

Auch die Regeln für die Währungsunion müssen verändert werden. Wenn es nicht gelingt, eine Koordination der Lohnpolitik und eine dynamische Geld- und Fiskalpolitik, zu vereinbaren und umzusetzen, scheint eine Umstellung der Währungsunion zu einem System nationaler Währungen mit festen aber anpassbaren Wechselkursen die bessere Lösung. Ein geordneter Übergang wäre allemal besser als die Dauerkrise oder ein chaotischer Zusammenbruch des Euro.

b) Eine Stabilisierung der EU allein reicht aber nicht aus. Erforderlich ist eine *positive Gestaltungsaufgabe*, etwas, was die EU schaffen, für ihre Bürger aufbauen kann, das die Mehrzahl der Bürger und der sozialen Bewegungen verbindet, den brüchig gewordenen Grundkonsens der „Teilhabe“ erneuern könnte.

Ich meine, dass der *ökologische Umbau der Industriegesellschaft* die entscheidende Herausforderung der nächsten Jahrzehnte sein wird – und die EU die Voraussetzungen einer vertieften Integration schaffen könnte, indem sie sich dieser Menschheitsaufgabe bewusst und mit herausragendem Engagement und ohne permanente Rückzieher und Rückversicherungen stellt.

Nach allem, was wir an gesicherten Wissen über Klimawandel, Umweltschäden und Ökologie wissen, ist die Menschheit durch ihre eigene industrielle Entwicklung existenziell bedroht. Wenn es nicht in-



nerhalb der nächsten zwei bis drei Generationen gelingt, den Klimawandel zu stoppen und ein umweltkompatibles Industrie- und Wirtschaftssystem aufzubauen, werden die Existenzbedingungen der Weltgesellschaft zerstört sein. Dazu aber muss eine Trendwende in den nächsten 10 Jahren erreicht werden und der Umbau heute begonnen bzw. beschleunigt werden. Die Ergebnisse der vergangenen 20 Jahre sind viel zu gering, ja in wesentlichen Bereichen gab es trotz viel Getöse faktisch keine Verbesserung, keine Trendwende.

Bestandteile des ökologischen Umbaus müssten eine durchgehende Bewirtschaftung aller relevanten Umweltressourcen und ein Forschungs- und Investitionsprogramm sein, mit dem neue umweltkompatible Produkte und Verfahren entwickelt würden (vgl. Land 2017b). Dies würde auch die Beschäftigung, die Einkommen und die soziale Lage der Bevölkerung in der EU und weltweit stabilisieren und verbessern – freilich nicht durch Expansion umweltschädlichen Massenkonsums, sondern durch Entwicklung neuer umweltkompatible Konsumgüter und Konsumstrukturen, die mehr Partizipationspielräume und individuelle Gestaltungsmöglichkeiten enthalten. Die Vision einer besseren Welt, die Lebensmöglichkeiten für die kommenden Generationen gewährleistet, wäre das zentrale Teilhabe-projekt, auf das sich die heute in der EU lebenden Menschen einigen könnten.

Dazu müsste endlich öffentlich und umfassend Klarheit über das Ausmaß der selbst verursachten Bedrohung gewonnen werden. Man darf sich nicht länger damit beruhigen, dass es schon nicht so schlimm kommen wird oder dass die Politik es schon richten wird. Es ist nötig, dass Politik, Medien und Wissenschaft die Tatsachen über den nahenden ökologischen Kollaps rückhaltlos klarstellen.

Zweitens kann eine neue umweltkompatible Produktions- und Lebensweise nicht als fertiges Konzept vorlegt und dann bürokratisch gesteuert und umgesetzt werden. Vielmehr müssen die meisten Lösungen – Energie- und Verkehr, Wohnen, Konsum, industrielles Stoffstrommanagement – erst durch Forschung, Experimente und Selektion in *gesellschaftlicher Kommunikation* erfunden, erdacht, erarbeitet werden. In diesem partizipativen Prozess muss man herausfinden, welche Lösungen Zustimmung finden und auf welchen Wegen der Umbau möglich ist. Eine Forschungs- und Bildungsoffensive, ein Investitionsprogramm und strenge Regeln für die Nutzung von Umweltressourcen sind die Bedingungen, mit denen ein solches Umbauprogramm auf den Weg gebracht werden könnte.

Gelingt es dabei, die ökonomischen Disparitäten abzubauen, könnte die Frage nach einer Vertiefung der ökonomischen Integration zu einheitlichen europäischen Volkswirtschaft wie auch den *Vereinigten Staaten von Europa* später wieder auf die Tagesordnung kommen.

Physikalisch, technologisch und auch ökonomisch ist ein Umbau der Energiesysteme, der Stoffströme, der Industrie, der Landwirtschaft, der Verkehrssysteme, des Konsums und der urbanen Strukturen möglich. Betrachtet man hingegen die gegenwärtige Sozialstruktur, die Reproduktionsbedingungen der verschiedenen sozialen Klassen, Gruppen und Nationen und die daraus folgenden Interessenlagen, die wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse, so scheint ein derartiger institutioneller Umbau wenig wahrscheinlich. Er scheitert daran, dass er die gegenwärtigen soziökonomischen Existenzbedingungen vieler sozialer Gruppen, vor allem der Kapitaleigner und der Finanzmarktakteure, grundlegend in Frage stellen würde – obwohl er zugleich neue und tragfähige künftige Existenzbedingungen für Arbeit und Kapitalverwertung eröffnen könnte. Die EU ist derzeit ein dominant neoliberales Projekt. Die Zukunft wird davon abhängen, ob es sozialen Bewegungen gelingt, eine fragwürdige Gegenwart ohne Zukunft gegen eine neue Perspektive zu tauschen.

## Literatur

- Busch, Klaus; Axel Troost, Gesine Schwan, Frank Bsirske, Joachim Bischoff, Mechthild Schrooten, Harald Wolf (2016): Europa geht auch solidarisch! Streitschrift für eine andere Europäische Union. Hamburg: VSA: Verlag.
- Busch, Ulrich; Rainer Land (2013): Teilhabekapitalismus. Aufstieg und Niedergang eines Regimes wirtschaftlicher Entwicklung am Fall Deutschland 1950 bis 2010. BoD – Books on Demand, Norderstett.
- Deutsche Bank Markets Research (2017): Long-Term Asset Return Study. The Next Financial Crisis. 18 September 2017. Online: <http://www.tramuntalegria.com/wp-content/uploads/2017/09/Long-Term-Asset-Return-Study-The-Next-Financial-Crisis-db.pdf> 30.09.2017
- Elsenhans, Hartmut (2017): Die Rückkehr des Rentiers. Makroskop 01.09.2017. Online: <https://makroskop.eu/2017/09/die-rueckkehr-des-rentiers/>.
- Flassbeck, Heiner; Costas Lapavistas (2015): *Nur Deutschland kann den Euro retten: der letzte Akt beginnt*. Frankfurt: Westend Verlag.
- Flassbeck, Heiner; Paul Davidson, James K Galbraith, Richard Koo, Jayati Ghosh(2013). *Handelt jetzt! Das globale Manifest zur Rettung der Wirtschaft*. Frankfurt: Westend Verlag.
- Hein, Eckhard (2016): Säkulare Stagnation oder Stagnationspolitik? In: Berliner Debatte Initial 27(2016)2
- Höpner, Martin (2017): Reformbaustelle Währungsunion: Voran in ein EWS II? In: Markt und Staat neu denken. Wiesbaden: Makroskop Mediengesellschaft. [www.makroskop.eu](http://www.makroskop.eu), S. 31-37.
- Land, Rainer (2017a): Kapitalismus reloaded. Regime wirtschaftlicher Entwicklung im Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert. Skript zu einem Vortrag am 22.4.2017 im Max-Lingner-Haus Berlin. Online: [http://www.rla-texte.de/wp-content/uploads/2017/03/2017-03-12-Land\\_Kapitalismus-reloaded-mit-Bild.pdf](http://www.rla-texte.de/wp-content/uploads/2017/03/2017-03-12-Land_Kapitalismus-reloaded-mit-Bild.pdf)
- Land, Rainer (2017b): Ist Öko-Kapitalismus möglich? In: Markt und Staat neu denken. Wiesbaden: Makroskop Mediengesellschaft. [www.makroskop.eu](http://www.makroskop.eu), S. 52-65.
- Priewe, Jan (2017): Wie das ifo-Institut den neuen deutschen Merkantilismus legitimiert. Online: <https://makronom.de/leistungsbilanzueberschuesse-wie-das-ifo-institut-den-neuen-deutschen-merkantilismus-legitimiert-22424> (21.09.2017 14:00).
- Spinelli, Altiero (1941): Manifest von Ventotene. Online: [http://americanstudies.org/ro/de/persons/schuster/texte/integrationstheorien/Manifest\\_Ventotene.pdf](http://americanstudies.org/ro/de/persons/schuster/texte/integrationstheorien/Manifest_Ventotene.pdf), (21.09.2017 14:00)
- Varoufakis, Yanis (2012): *Der globale Minotaurus Amerika und die Zukunft der Weltwirtschaft*. München: Verlag Antje Kunstmann GmbH. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:101:1-2014090522200>.
- Varoufakis, Yanis; James K Galbraith, Stuart Holland (2015): *Bescheidener Vorschlag zur Lösung der Eurokrise*. München: Verlag Antje Kunstmann GmbH.

Autor: Dr. Rainer Land, Thünen-Institut für Regionalentwicklung Bollewick und Berlin  
[www.rla-texte.de](http://www.rla-texte.de)